

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Ritzsch, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. — Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. — Druck von Franz 2. Magdeburg. — Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. — Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961. — Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangolohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Per Ankauf in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Anzeigebüros vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2 Mk. 25 Pf. extra Beleggeld. — Einzelne Nummern 5 Pf. — Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Injektionsgebühr die sechsgehaltene Beilage 15 Pf. — Vollbeilage 30 Pf. —

Nr. 58.

Magdeburg, Dienstag den 10. März 1903.

14. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten einschl. des Romans „Was die Straße verschlingt“.

Wilhelm — der Große?

Heute, am 9. März, sind fünfzehn Jahre vergangen, seit der erste deutsche Kaiser starb, und es erscheint angebracht, einen kurzen Rückblick auf die politische Bedeutung dieses Mannes zu werfen, welcher in unsern Tagen merkwürdigerweise von den Anhängern herrschender Parteien als „der Große“ bezeichnet zu werden pflegt.

Der zweite Sohn Friedrich Wilhelms 3., unter dem bei Jena der preussische Junterstaat elend zusammengebrochen war, wurde zum ersten Male öffentlich viel besprochen, als er im Jahre 1848 das Niederschießen der „Kanonen“ verlangte, um, als solche Taktik an der Macht des Volkes scheiterte, unter dem Namen eines Kaufmanns Lehmann feige zu flüchten.

Am 7. Oktober 1858 wurde der „Prinz von Preußen“ zum Regenten des Landes für seinen geisteskranken Bruder berufen. Kurz darauf entließ der neue Herr das Ministerium Mantauffel und es begann die „liberale“ Ära, von der sich die törichte Bourgeoisie viel versprach. Doch schon im Jahre 1862 war es mit der — übrigens unfruchtbaren und an der reaktionären Verwaltung wenig ändernden — „liberalen“ Epoche zu Ende, nachdem der Regent am 2. Januar 1861 König geworden war. — Am 24. September 1862 begann jenes Schreckensregiment, jene gefährliche Diktatur Bismarck, welche Deutschland Jahrzehnte lang niedergehalten hat.

Seit der Berufung Bismarcks zum Ministerpräsidenten durfte dieser Hansmeier schalten und walten wie ihm beliebt. Alle jene Schandtaten, welche nunmehr verübt wurden, wie auch die nicht zu leugnenden gewaltigen Erfolge der äußeren Politik sind nicht in erster Linie dem König, sondern dem allgewaltigen Minister zuzuschreiben. Wilhelm 1. war ein herzlich unbedeutender Mensch; wäre er nicht in einer Herrscherfamilie, sondern im Volke geboren worden, er hätte es allenfalls zum Registrator oder Rechnungsrat gebracht; über das Erteilen von Unterschriften gingen seine Leistungen nicht hinaus. Initiative besaß der alte Mann nicht; wenn späteren Monarchen von ihren Ministern nachgerühmt werden konnte, sie seien „keine Philister“, so trifft auf Wilhelm 1. das Gegenteil zu. Dieser „Große“ war ein Urphilister. Immerhin steht fest, daß der belanglose Monarch alles gebilligt hat, was der tatsächliche Herrscher Bismarck tat, und mit des letztern brutaler Politik einverstanden war, so versteht es sich auch, daß den ersten Kanzler als einen „Diener“ seines tatenlosen Königs zu bezeichnen. Im Gegenteil beherrschte Bismarck die Situation vollkommen, so daß der erste Kaiser nur als ein Schattenherrscher zu bezeichnen ist, über dessen Impulsivität sich auch seine erbittertesten Feinde niemals beschwerten hätten.

Das fortschrittliche Abgeordnetenhaus verwarf bekanntlich in den sechziger Jahren den Staatshaushaltsetat vor allem, weil der Minister die Militärvermehrung verlangte, ohne die Forderung der zweijährigen Dienstzeit zu erfüllen. Da das liberale Bürgerhaus nicht den Mut hatte, die Konsequenzen aus seiner oppositionellen Haltung zu ziehen und es nicht beherzigte, als ihm Lassalle zurief: „Den Daumen auf's Auge und das Knie auf die Brust“, konnte man es im Grunde genommen dem Diktator nicht einmal verübeln, wenn er über seine nutzlosen Widersacher zur Tagesordnung übergang und die Verfassung brach.

Erst brach um den für das preussische Volk herzlich gleichgültigen Thron des Augustenburger der Krieg vom Jahre 1864 aus, dem im Jahre 1866 der brudermörderische Krieg gegen Oesterreich und die ihm verbündeten deutschen Staaten folgte, mit dem Bismarck lediglich die Vergrößerung Preußens und nicht — wie aus den Tagebüchern Friedrichs 3. genau bekannt — ein einheitliches Deutschland erstrebte. Allerdings kam nach dem Siege Preußens der „Norddeutsche Bund“ zu stande, doch stäubten sich nach dem Tode von Sedan Bismarck und Wilhelm 1. gegen die Gründung des Deutschen Reiches, welche unzweifelhaft ein Fortschritt war und welche sich der erste Kaiser nur gefallen ließ, weil er nicht die Macht hatte, ein seinem Machtzirkel genügendes großes Preußen an Stelle des Deutschen Reiches zu erlangen. Die Entstehungsurachen des Kriegs gegen Frankreich sind oft genug auseinandergelegt. Bismarck und Napoleon der Kleine hatten die gleiche Schuld an diesem Massenmorde zwischen zwei Kulturnationen. Ohne die Fälschung der Emier Depesche, einer friedlichen „Chamade“, aus welcher nach Mollets Wort Bismarck eine „Fanfare“ machte, wäre jedenfalls in dem fraglichen Zeitpunkt am 19. Juli 1870 der Krieg nicht ausgebrochen.

Das Deutsche Reich unter Wilhelm 1. wurde eingeleitet durch jene brutale und hinverbraunte Kulturkampfpolitik gegen die katholische Kirche, welche die Zentrumspartei mächtig gemacht und dahin geführt hat, daß „katholisch“ heute „Trumpf“ ist und die deutsche Regierung längst büßend „nach Canossa“ gegangen ist.

Dann folgte die Ära der Verfolgungen gegen die Sozialdemokratie und des schamlosen Protzschers, welche für Bismarck und mithin für die Regierungszeit des ersten Kaisers typisch waren. Unvergänglich wird der deutschen Arbeiterklasse jene Zeit sein, in der man auf Grund des Sozialistengesetzes selbst das gewerkschaftliche Koalitionsrecht vernichtet und Sozialdemokraten sogar am Weihnachtstage den Ausweisungsbefehl zugehen ließ. Unauslöschlich und unvergänglich hat sich Wilhelm 1., der das Sozialistengesetz sanktionierte, auch über das Grab hinaus bei dem deutschen Volke gefestigt, wenn er auch nur durch die empörende Haltung der bürgerlichen Parteien jenes grausame Gesetz hatte durchführen können.

Doch nicht von Empfindungen darf sich der historische Kritiker leiten lassen, sondern nur vom Verstande. Zuzugeben ist, daß dem ersten Kaiser eine gewisse persönliche Bescheidenheit nicht abzusprechen ist und daß er sich persönlich nie dadurch bloßstellte, daß er Parteien verunglimpfte. In seines Reichs durchbohrendem Gefühle bejaß Wilhelm 1. genügend Selbsterkenntnis, um sich weder für einen großen Staatsmann zu halten noch zu glauben, er sei berufen, auf den Gebieten der Kunst, der Wissenschaft oder der Kirche bahndrehend zu wirken. Statistisch interessant ist, daß nach der amtlichen Kriminalstatistik die Zahl der Majestätsbeleidigungsprozesse unter Wilhelm 1. viel geringer war, wie nach dem Jahre 1889. — Wenn es aber gilt, dem monarchischen Gedanken Anhängern zuzuführen, so sollten sich die Monarchisten am allerwenigsten auf Wilhelm 1. berufen, welcher von der Geschichte bestimmt nicht als „der Große“ bezeichnet werden wird und die Weltgeschichte ist das Weltgericht. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 9. März 1903.

Aus dem Reichstag.

Bg. Berlin, 7. März. Der Reichstag hielt am heute zwei Sitzungen ab. Diese bemerkenswerte Tatsache ist aber nicht auf das Konto des Bieres zu setzen, mit welchem das feriendürstige hohe Haus die Beratung des Etats zu beschleunigen sucht, sondern vielmehr auf die Rechnung der grenzenlosen Faulheit, die das charakteristische Merkmal der Bollmehrsheit in allen Nicht-Zolljahren ausmacht. Es handelte sich am Sonnabend „bloß“ um Postassistenten, um eine Beamtenkategorie, in der Reserveleutnants nur sehr sporadisch vorkommen; warum sollten sich Junker, Pfaffen und Fabrikanten um solch untergeordneter Wesen halber echauffieren? Wenn's noch Postinspektoren, Posträte oder sonstige höhere Tiere gewesen wären!

So kam es denn, daß der Reichstag schon um 4 Uhr von wegen Beschlunsfähigkeit auflos. Es handelte sich, wie unsre Leser sich erinnern werden, in erster Linie um die von der Regierung allen feierlichen Versprechungen zuwider hartnäckig verweigerte Schaffung von 1000 neuen Postassistentenstellen. Ein Antrag Müller-Sagan, der auf die Errichtung dieser Stellen drängt, war in der Budgetkommission mit 13 gegen 12 Stimmen gefallen; sein Urheber hatte ihn aber im Plenum wieder eingebracht und für den Fall seiner Ablehnung eine Resolution hinzugefügt, welche wenigstens eine etwas bessere Bezahlung der diätarisch angestellten Assistenten sichern soll. Dem gegenüber wartete die Konservative v. Waldow-Reichenstein als freiwilliger Regierungskommissar mit einer farblosen Gegeresolution auf, die ein geradezu rührendes Vertrauen zu der Postverwaltung antriet, deren gutem Willen sie alles anheimgeben will.

Dr. Müller-Sagan begründete seinen Antrag; Staatssekretär Krätke antwortete im Budgetstil und spielte sich nebenbei als gekränkte Leberwurst auf; der freisinnige Antragsteller replizierte kurz und scharf und wies auf die außerordentlich schlechte Besetzung des Hauses hin. Als trotz dieser Warnung der gerade amtierende Vizepräsident Büning zur Abstimmung schreiten lassen wollte, bezweifelte Genosse Ledebour die Beschlußfähigkeit. Siner Probe bedurfte es gar nicht. Herr Büning hob also die Sitzung auf und beramte die nächste auf eine halbe Stunde später an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung. — Der zweiten Sonnabend-Sitzung wurde vom Grafen Ballestrem präsiert. Die Abstimmung über die rückständigen Titel des Postetats wurde abgesetzt und

gleich der Militäretat vorgenommen. Genosse Runert hielt eine scharfe, kräftige Rede, in der er besonders die bestialischen, teuflischen Soldatenmißhandlungen geißelte, wie sie in Rendsburg und anderswo vorgekommen sind. Graf Ballestrem sah sich einmal bemüht, unsern Redner zu unterbrechen; auf der Rechten randalierere vor andern der Graf Roon, der sehr gut gefrühstückt zu haben schien.

Um 5^{3/4} Uhr schloß die kurze zweite Sonnabend-Sitzung; am Montag und den folgenden Tagen wird über unser „herrliches Kriegsheer“ weiter verhandelt werden. —

Aus dem preussischen Landtag.

Bg. Berlin, 7. März. Die heutige Sitzung im Abgeordnetenhaus begann nicht mit der Beratung des Kultusetats, sondern mit einer Rede des Abg. Pappenheim vor der Tagesordnung. Dieser konservative Agrarier hat das von den Stenographen fertiggestellte Manuskript der Rede des freisinnigen Abg. Ernst durchgeschlüsselt und eine kleine Aenderung darin gefunden, die er zum Gegenstand eines Protestes machen zu müssen glaubte. Herr Pappenheim behauptet, der Abg. Ernst habe bei der Beratung des Parlamentes nur gesagt, den Wiesenbesitzern an den Ufern der Neße seien Hunderttausende verloren gegangen, weil dieser Fluß noch nicht reguliert sei. Im stenographischen Bericht siehe aber, die Konservativen hätten die Wiesenbesitzer an der Neße um Hunderttausende gebracht, weil durch ihren Widerstand gegen den Mittellandkanal auch die Neße-Regulierung noch nicht erfolgt sei. Herr Ernst wird in einer Erklärung am Montag vor der Tagesordnung beweisen, daß diese Behauptung des Herrn Pappenheim nicht einmal richtig ist. Herr Ernst hat nämlich mit klaren Worten in seiner Rede die konservativen Kanalgegner für die Nichtregulierung der Neße verantwortlich gemacht. Die Aenderung des Herrn Ernst am Stenogramm verbessert also nur den Sgbanu und den Stil, aber keineswegs den Sinn der Worte.

Beim Kultusetat hielt, wie seit vielen Jahren schon, die Rede mit den paritätischen Beschwerden der Pfarren Dautzenberg. Der Minister beschränkte sich mit gutem Recht wesentlich darauf, einen Teil seiner vorjährigen Ausführungen wieder vorzulesen. Eine mehr als einstündige Rede hielt der Zentrumabgeordnete Dr. Porsch. Die Rede hätte sich ebenjogut in die Korrum-Debatte am vorigen Montag einfügen lassen. Es war offenbar die Rede, die Herr Porsch am Montag wegen der vorgerückten Zeit nicht hatte loswerden können und die er nun fünf Tage lang mit sich herumgeschleppt hat. Er wettete gegen die paritätische Schule, noch mehr aber gegen den Unglauben, gegen den die katholische Kirche noch der festeste Ball sei. Besonders schmerzhaft müssen ihn die Ausführungen des Abg. Dr. Barth berührt haben. — In kulturkampflicher Weise antwortete der Nationalliberale Dr. Sattler.

Montag geht die Debatte weiter. —

Deutschland.

Berlin, 9. März. In der vorbereiteten Sitzung des Bundesrats wurde dem Ausschussbericht über die Lage betreffend die Verleihung von Reichsbürgerschaft an die „Deutsche Tagogesellschaft“, und die Verträge betreffend die Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1903 zur Deckung der Gesamtausgaben des Reiches aufzubringenden Matrikularbeiträge eine einstimmige Genehmigung erteilt.

— Das schriftliche Urteil des Verwaltungsgerichts über das Verbot von Gebrauchsgegenständen „Magdala“ wird soeben publiziert. —

— Reichsbiersteuer. Aus dem Reichstag den „Münch. R. N.“ geschrieben: In der Sitzung des Reichstages am 3. März erklärte auf eine Anfrage des Reichstages die Aenderung der Landesbiersteuer der Unterstaatssekretäre, daß eine Aenderung der Reichsbiersteuer in naher Aussicht stehe. — Die neue Reichsbiersteuer soll aufgerichtet werden, um die neue Schädigung bei den Wahlen aufzuheben, damit die Berechnung des Bieres des deutschen Volk nicht durch die Schädigung leidet. —

— Rücknahme des Faches Schulerlasses. Von den Kanakeln in Trier wurde am Sonntag verkündigt, daß das bekannte Publikandum des Bischofs Korum als nicht geschehen zu betrachten sei. — In der Form gibt der freisinnige Bischof nach, doch daß ihm Wille geschähe, wird sicher heißes Bestreben der Regierung sein. —

— Tolstoi widerruft sein hartes Urteil. Zu veröffentlichen vor kurzem einen Brief des Grafen Leo Tolstoi an den Londoner Korrespondenten eines New-Yorker Blattes,

Beilage zur Volksstimme.

Mr. 58.

Magdeburg, Dienstag den 10. März 1903.

14. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(276. Sitzung.)

Berlin, 7. März 1903.

Am Bundesratslich: Frhr. v. Tziellmann, v. Gopler.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der

Etat des allgemeinen Pensionsfonds.

Abg. Graf Oriola (natl.): Die Regierung beruft sich jetzt auf die schlechte Finanzlage; aber auch in den letzten Jahren haben wir vergebens an die Borse des Schatzamts geklopft. Dadurch wird das Ansehen der Regierung und des Reiches geschädigt. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Kriegsminister v. Gopler: Das Militärpensionsgesetz ist noch nicht gekommen, weil man keine Forderungen stellen darf, wenn kein Geld da ist. Die Erwartungen, die durch die Reichstagsverhandlungen draußen im Lande erweckt werden, können nicht erfüllt werden aus Mangel an Mitteln. In dieser Session kann kein Militärpensionsgesetz mehr verabschiedet werden; es ist aber zu hoffen, daß die fortwährend eifrig gepflogenen Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressorts über kurz oder lang ein positives Resultat zeitigen werden.

Abg. Graf von (konf.): Ehe nicht die bescheidenen Forderungen unserer Offiziere und Soldaten erfüllt sind, werde ich gegen alle Vorkaufsangebote stimmen, z. B. gegen die Ausgabe für die Weltausstellung in St. Louis, auch gegen die militärtechnische Hochschule und gegen die vielen großen Schießplätze, in denen ich keine Erhöhung unserer Wehrkraft erblicken kann.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Im Namen meines abwesenden Freundes Dr. Arendt muß ich mich den Ausführungen der Grafen von Oriola anschließen. Wir dürfen niemals Ausgaben beantragen, ohne für die nötige Deckung zu sorgen. (Abg. Schrader rufst: Reichseinkommensteuer!) Dafür wird der Bundesrat nie zu haben sein. Dagegen halte ich eine Biersteuer sehr wohl für möglich. Damit schließt die Diskussion. Der Etat wird bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung der nachträglich der Budgetkommission überwiesenen Teile des

Postetat

(Wissent- und Oberassistenten-Besoldungen usw.)

Die Kommission (Berichtersteller Dr. Pöschke (natl.)) beantragt, die Titel unverändert nach der Vorlage zu genehmigen unter Ablehnung des Antrages Müller-Sagan, welcher Einstellung weiterer 1000 Postassistenten verlangt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Frei. Vp.): Wir halten an unserer alten Forderung fest, daß die in Aussicht gestellten 3000 Stellen geschaffen werden müssen und können Erhöhung der Diäten nicht als einen Ersatz ansehen. Wenn sich der Staatssekretär auf die ablehnende Haltung der Oberpostdirektionen beruft, so können wir darauf kein allzu großes Gewicht legen, da vielmehr schon in der Anfrage selbst ein Wink mit dem Zaunpfahl gelegen hat.

Staatssekretär Kräfte: Wenn wir die Dienststunden vermindern, können wir allerdings noch mehr Beamte gebrauchen. Aber wir können nicht die Steuerzahler belasten, lediglich um Beamte einzustellen. (Sehr richtig!) zumal uns jetzt schon immer zugerufen wird: was macht Ihr für schlechte Geschäfte!

Abg. Dr. Müller-Sagan (Frei. Vp.): Ich halte es lieber mit einem gesunden Mißtrauen gegen die Regierung. (Heiterkeit.) Ich werde mich entschieden widersetzen, daß mein Antrag, der in der Kommission nur mit 13 gegen 12 Stimmen fiel, bei dieser schwachen Besetzung im Plenum zur Abstimmung kommt. (Unruhe rechts und im Zentrum.)

Vizepräsident Wasing will zur Abstimmung schreiten, als Abg. Wedebour (Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. (Bewegung.)

Vizepräsident Wasing: Das Bureau scheidet sich diesem Zweifel an. Wir müssen die Beratung abbrechen. Ich beantrage die nächste Sitzung an auf heute nachmittags 4 Uhr 30 Minuten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung. (Schluß 4 Uhr.)

(277. Sitzung.)

Berlin, 7. März 1903, 4 1/2 Uhr nachmittags.

Am Bundesratslich: v. Gopler.

Präsident Graf Balleskrem schlägt vor, gleich mit der zweiten Beratung des

Militäretats

zu beginnen. Ein Widerspruch erfolgt nicht. Die Beratung beginnt mit dem Titel „Gehalt des Kriegsministers“.

Abg. Kunert (Soz.): Das Versprechen, eine militärische Kriminalstatistik vorzulegen, ist nicht oder doch nur sehr unvollständig erfüllt worden. In 2400 Fällen ist auf strengen Arrest erkannt worden. Der strenge Arrest ist eine barbarische Strafe, dessen Aufrechterhaltung dem Heere nicht zur Ehre gereicht. Die Zahl der angelegenen Fälle unvorchriftsmäßiger Behandlung der Untergebenen durch die Chargierten ist als lächerlich gering zu bezeichnen. Raum der zehnte Teil der Fälle kommt aus Tageslicht; jeder der zugehenden Soldat menschenswürdig behandelt, dessen Verhältnis weiß, wieder in mindestens zehn Einzelfällen. Die Zahl der Soldatenmißhandlungen ist in den letzten Jahren keineswegs zurückgegangen, wie selbst Böbel eine Zeit lang geneigt war zu glauben, sondern sie hat sich vermehrt. Den Soldaten, die in so bestialischer Weise maltariert werden, muß in Militärstrafgesetzbuch das Recht des aktiven und passiven Widerstandes gegeben werden. (Große Unruhe und Lachen rechts. In dem etelhaften und geradezu widerlichen Rendsburger Fall hätte der betreffende Soldat menschenswürdig behandelt, wenn er den Gehoriam verweigert hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es muß alles vermeiden werden, was in unserer Armee die abscheulichen Mißhandlungen zu fördern geeignet ist. Dazu gehört der ganze veraltete Gemaßendienst, die Massenattaden der Kavallerie, der entwürdigende Burcheendienst usw. Auch das mechanische Auswendiglernen der Felddienordnung und der Daten aus der vaterländischen Geschichte gehört zu diesen veralteten Institutionen. Ebenso wird der „neue Geist“ mit seinen schwierigen Expositionen eine Liasche zu neuen schlimmen Mißhandlungen werden. Die neuen Kriegsgesetze gehen keineswegs scharf genug gegen die Mißhandlungen vor. Es müssen unbedingt in dem betreffenden Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs scharfe Strafbestimmungen dagegen eingeführt werden. In allen Truppenarten zu Wasser und zu Lande sind wieder die schlimmsten Verbrechen und Bestialitäten vorgekommen. Die Heeresknechte des Mittelalters werden von ihren modernen Nachfolgern vielfach noch übertroffen. Das ganze Mißhandlungswesen ist das Symptom eines ungeheuren Systems, das wir prinzipiell bekämpfen. Verweigerung von Gehoriam und Verleumdung von Vorgesetzten sind im Jahre 1901 über 1800 Mal vorgekommen. Welch geringe Veranlassung reicht hier aus, um einem Mann fünf Jahre Zuchthaus zu verschaffen! Angehörige so schlimmer Verhältnisse werden die Wähler es sich demnächst doppelt überlegen, ob sie die militärischen Parteien unterstützen wollen.

Bei den Mandövermännern werden alljährlich ungeheure Opfer an Menschengesundheit eripiert. Viele Mandöver scheinen aber weniger auf den Krieg vorzubereiten, als nur spielerischen Zweck zu dienen. Im Jahre 1895 wurde das eine Armeekorps vom Kaiser befehligt, der eine Brücke über die Weser schlagen ließ.

Präsident Graf Balleskrem: Sie dürfen hier keine militärischen Anordnungen des Kaisers kritisieren. (Bravo! rechts.)

Abg. Kunert (Soz.): Ich habe kein Wort der Kritik gesagt.

Präsident Graf Balleskrem: Sie haben aber die Kritik dazu. Sie dürfen überhaupt nicht solche Maßnahmen besprechen, das führt zu weit. (Unruhe links.)

Abg. Kunert (Soz.): Ich will beweisen, daß die Mandöver oft ihrem ernsten Charakter nicht entsprechen.

Präsident Graf Balleskrem: Sie dürfen dabei den Kaiser nicht in die Debatte ziehen.

Abg. Kunert (Soz.): Ich will es vermeiden, soweit es möglich ist.

Präsident Graf Balleskrem: Wenn ich es anordne, ist es anständig. (Heiterkeit.)

Abg. Kunert (forf.): Der Sache wegen werde ich mich bescheiden. Der Uebergang des 10. Armeekorps über die Weser erfolgte auf zwei Brücken. Trotzdem die Segner Zeit hatten, den Uebergang zu erleichtern, merkte der General v. Mitsch, der Führer des 2. Armeekorps, nichts von dem Uebergange. (Unruhe rechts. Abg. Dr. Arendt: Generalschachsel! Heiterkeit rechts.) Alle diese Mandöver haben nur

den einen Zweck, neue Kavallerieforderungen vorzubereiten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man will mehr Stellenverfügungen für die Söhne der Adligen haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dabei ist ein Bedürfnis nach Vermehrung der Kavallerie nicht vorhanden. Es ist nicht zweifelhaft, daß eine Infanterie, die sich einigermaßen wehren kann, die Kavallerie bei einem Anstöße über den Haufen schießen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seit 1889 aber ist die Waffe der Infanterie noch verbessert worden durch Einführung des kleinkalibrigen Gewehres und des rauchlosen Pulvers. Trotzdem werden fortwährend neue Anläufe zur Vermehrung der Kavallerie gemacht. Der miles gloriosus spricht bei uns ein zu entscheidendes Wort. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Weiterberatung wird hierauf auf Montag 1 Uhr vertagt.

Reichstagsabgeordneter Paul Singer über die Reichstagswahlen.

Wahlkreis Wanzleben, 8. März.

Am heutigen Sonntag leiteten die Genossen im Wahlkreis Wanzleben die offizielle Agitation zu den Reichstagswahlen mit einer imposanten Volksversammlung ein, die heute in Groß-Otterleben im Strumpfschen Saale stattfand. Gen. Singer referierte. Lange vor Beginn der Versammlung war der große, gut 1000 Personen fassende Saal bis auf den letzten Platz gefüllt und zirka 1100 Personen lauschten mit großer Aufmerksamkeit dem Referat. Gen. Singer begann seine Rede mit den Worten, daß er sich freue, sein Versprechen, vor den Genossen des Preisess Wanzleben zu sprechen, einlösen zu können, ging dann auf die Arbeiten ein, die der Reichstag bisher geleistet, rekapitulierte die Kämpfe um den Zolltarif und erklärte in klaren Worten das Leitmotiv der Abstraktion, dabei das Verhalten der bürgerlichen Parteien, namentlich der verräterischen freijünglichen Volkspartei Nitzers, einer scharfen Kritik unterziehend. In treffender Weise zeigte Singer alsdann, wie Handelsverträge auszuheben müssen, wenn sie für das Volk für die Nation nutzbringend sein sollen. Mit der „gepangerten Faust“ dürfe man aber nicht dazwischen fahren; auch mit einer Westpolitik, die die Aufgabe verfolge, überall die Nase hineinzustecken und sich zu blamieren, sei dem Volke nicht gebietet. Die Wirkungen der Hungersölle, wie sie von der Regierung und dem rechtsbrechenden Reichstag in der denkwürdigen Dezember-Nacht beschlossen wurden, führte Redner in drastischer Weise der Versammlung vor Augen. Wenn die Agrarier keinen persönlichen Nutzen von der Zollserhöhung erwarteten, hätten sie den schönsten Dank nicht so hartnäckig verweigert. Aber es ständen noch andre Dinge auf dem Spiele. Mit der Wägen- und Wägen-Versicherung habe man eine elende Komödie aufgeführt, um dem Volke vorzulügen, daß ihm die Zölle zu gute kämen. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß sämtliche Gelder aus den Zöllen für Kulturzwecke benutzt würden. Das haben die habgierigen Gegner jedoch rüdweg abgelehnt. Trotzdem habe die Sozialdemokratie für die Wägen- und Wägenversicherung gestimmt, weil wir in jeder Million, die wir dem stolzen Militarismus abknöpfen, einen Kulturfortschritt erblicken. Wenn die ganze Geschichte zeigte sich aber darin, daß diese Versicherung erst 1910 in Kraft treten soll und daß man dem Arman für jede Mark, die man ihm gebe, 13 Mark wieder abnimmt. Unter mehrfachen Zustimmungskundgebungen geht Referent dann auf die Politik der Möglichkeit, auf Wilsons Eierkatz, die diplomatischen Tricks (Gesuitengelen usw.) ein und zeigt den Anwesenden an zahlreichem Beispielen, weshalb sie die Pflicht haben, bei der Reichstagswahl nur sozialdemokratische Stimmzettel abzugeben. In patriotisch-kritischer Weise gab Redner alsdann seiner Freude darüber Ausdruck, daß man im bevorstehenden Wahlkampf neben den neu hereingelassenen Jesuiten auch die kaiserlichen „schlichten Männer aus der Werkstatt“ begünstigen dürfe. Den Mann aus der Werkstatt ohne Disziplin schildert Redner in drastischer Weise. Auch das Wahlrecht zu erhalten und sicherzustellen sei Aufgabe der Sozialdemokratie. Für die Völker sei das Wahrecht dasselbe wie bei den Fürsten die Dronel (Lebhaft Zustimmung.) Militarismus, Marinismus,

Benilleton.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

aus dem Englischen überetzt von G. von Hohenhausen, durchgesehen und bearbeitet von J. Federzani-Webber.

(71. Fortsetzung.)

Sechzehntes Kapitel.

„Nur sie vor uns hierher, und Aug' an Aug',
Nur sie zu uns wollen wir dann selbst,
Dem Mägen und Wellagten Ohr verleihen;
Garnadst sind sie beide, zornigfüllt,
Laub wie der See vor Wut, und feurig wild.“
Richard 2.

„Ich bin morgen an den Hof beschieden,“ sagte Leicester zu Varnay, „um, wie man sagt, dort den Grafen von Suffer zu treffen. Die Königin will Frieden zwischen uns stiften, das kommt von ihrem Feind in Sach-Court her, von welchem Du so leichthin sprichst.“

„Das tue ich auch noch,“ sagte Varnay, „ich weiß sogar von jemand, der dort Augen- und Ohrenzeuge war, daß Suffer durch diesen Versuch mehr verloren als gewonnen hat. Die Königin sagte, als sie das Boot bestieg, Sach-Court sehe aus wie ein Wachtthaus, und ein wahrer Hospitalgenuß sei darin. „Wie eine Garbische in Rams Alley,“ sprach die Gräfin von Rutland, die immer die Freundin Ew. Herrlichkeit gewesen ist. Mylord von Lincoln mußte sich dann auch auf seine fromme Weise in die Sache mischen, und entschuldigte die unordentliche und altmodische Haushaltung des Lord Suffer damit, daß er keine Frau habe.“

„Und was erwiderte die Königin darauf?“ fragte Leicester hastig.

„Sie nahm es recht übel auf,“ sagte Varnay, „und fragte, was Lord Suffer denn mit einer Frau solle und was den Bischof das angehe. „Wenn die Ehe erlaubt ist,“ sagte sie, „so habe ich doch nirgends gelesen, daß sie geboren sei.“

„Sie heßt nicht die Ehen oder das Gerede davon unter Geistlichen,“ sagte Leicester.

„Unter Hofleuten noch weniger,“ erwiderte Varnay; aber als er sah, daß Leicester die Farbe veränderte, legte er hinzu, daß alle anwesenden Damen über den Haushalt des

Lord Suffer gespottet und die Aufnahme der Königin mit jener verglichen, die Ihre Majestät ohne Zweifel bei Mylord von Leicester finden werde.

„Ihr habt manches erfahren,“ sprach Leicester, „aber das Wichtigste habt Ihr doch vergessen oder übergangen. „Sie hat die Zahl jener glänzenden Satelliten, die sie gern um sich her freifen sieht, um noch einen vermehrt.“

„Ew. Herrlichkeit meint jenen Raleigh, den jungen Mann aus Devonshire, den Ritter vom Mantel, wie sie ihn bei Hofe nennen.“

„Er kann einst Ritter vom Hofenbunde werden,“ sagte Leicester, „denn er schreitet schnell vorwärts. Sie hat Verie mit ihm hergesagt und dergleichen Lorbeizen. Vern will ich aus eigenem freien Willen meinen Anteil an ihrer veränderlichen Günst aufgeben, aber nicht von diesem bäurischen Suffer und jenem jungen Aufschüßling mich daraus verdrängen lassen. Ich hörte, Trejillian ist auch bei Suffer und steht hoch in seiner Günst. Ich möchte ihn aus Rücksichten schonen, aber er stürzt sich selbst in sein Verderben. Suffer ist übrigens fast ganz wieder hergestellt.“

„Mylord,“ verjette Varnay, „Sinderniß gibt's auf jedem Wege, besonders wenn er bergan führt; Suffer's Krankheit kam uns gut zu statten und ich hoffte viel davon. Er ist zwar wieder hergestellt, aber darum nicht fürchtbarer, als vor seiner Krankheit, wo er mehr als einmal im Ringen mit Euch den kürzeren zog. Fast nur Herz, Mylord, und alles wird gut gehen.“

„An Herz fehlte es mir nie,“ erwiderte Leicester ernst. „Das sage ich auch nicht, Mylord, aber es hat Euch oft verraten. Wer einen Baum erklettern will, muß sich an den Ästen, nicht an den Blüten festhalten.“

„Gut, gut, gut,“ sprach Leicester ungeduldig, „mein Herz soll mir weder fehlen, noch mich verraten. Sollte meinen Zug fertig — sieh, daß er glänzend genug erscheint, um die rohen Gejellen Ralcliffes sowohl, wie das Gefolge jedes anderen Edelmanns und Höflings auszustechen. Daß sich meine Leute bewahren, aber sie sollen die Waffen nicht zur Schau tragen, es soll so scheinen, als führten sie sie mehr der Mode wegen, wie zum Gebrauch. Weibe Du morgen mit immer zur Seite, es dürfte Gesächte für Dich geben.“

Die Vorbereitungen des Lord Suffer und seiner Partei wurden nicht weniger sorgsam betrieben, wie die Leicesters.

„Deine Bittschrift, in welcher Du Varnay der Verführung anklagst,“ sprach der Graf zu Trejillian, „ist bereits in den Händen der Königin. Ich habe sie auf einem sichern Wege dorthin gelangen lassen, auch hoffe ich, Eure Sache wird gut gehen, da sie auf Gerechtigkeit und Ehre beruht, und in beiden Eigebeth als Muster gelten kann. Allein ich weiß nicht, der Zigeuner (so nannte Suffer gewöhnlich seinen Nebenbuhler wegen seiner dunkeln Gesichtsfarbe) gilt in diesen heiligen Friedenszeiten viel bei ihr. Wäre der Krieg vor den Toren, so wäre ich eins ihrer lieben Kinder; aber Soldaten kommen, wie ihre Schilde und Klinge, im Frieden aus der Mode, und jedne Kermel und Paradebegegnen treten an ihre Stelle. Nun, wir müssen uns auch putzen, weil es Mode ist. Wommt, hast Du unsere Leute in ihren neuen Staat werfen lassen? Aber Du verstehst von dergleichen Land so wenig als ich, desto besser kannst Du einen Vikanangriff ordnen.“

„Mein edler Lord,“ antwortete Mount, „Raleigh war hier und hat die Sorge dafür übernommen. Euer Zug wird glänzen wie ein Raimorgen. Aber welche Kosten! Es könnte ein Hospital voll alter Soldaten von dem erhalten werden, was zehn Lakaien nach der Mode zu stehen kommen.“

„Wir dürfen jetzt nicht rechnen, Nikolaus,“ antwortete der Graf; „dem Raleigh bin ich für seine Mühe sehr verbunden, er wird bedenken, daß ich ein alter Soldat bin und von diesen Poffen nicht mehr haben will, als durchaus nötig ist.“

„Dabon verstehe ich nichts; aber Ew. Herrlichkeit brave Bettlern und Freunde kommen dugendweise an, um Euch an den Hof zu begleiten, und ich denke, wir werden bei Hofe eine so treffliche Front bilden, als Leicester, mag er die seinige herausputzen so viel er will.“

„Ob ihnen die strengsten Befehle,“ sagte Suffer, „daß sie sich keine Herausforderung zu Zällichkeiten mit jenen erlauben; sie haben heißes Blut und ich will Leicester keinen Vorteil über mich durch ihre Unvorsichtigkeit geben.“

Der Graf von Suffer war so sehr mit diesen Anordnungen beschäftigt, daß Trejillian nur mit Mühe endlich eine Gelegenheit fand, sein Erstaunen darüber auszudrücken, daß die Sache des Sir Hugh Robhart schon so weit sei, und seine Bittschrift bereits in der Königin Händen.

(Fortsetzung folgt.)

Die verschiedenartigen Gelbhausbauten für Kulturwürdige... die Verschönerung für Offiziere, die 36 Millionen, die an die Kolonien... weggenommen werden, die Abenteuerpolitik und der politische... Größenwahn erfahren in scharfen Worten eine treffende Kritik.

Der Vorsitzende teilt mit, daß der jetzige Abgeordnete Schmidt es abgelehnt habe, in der Versammlung zu erscheinen.

Berlin, den 25. Februar 1903.

Herrn Jul. Koch, Groß-Dietrichsdorf, Miltzowstraße 43.

Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 19. d. M., mit dem Sie mich im Auftrage der sozialdemokratischen Partei des Kreises Wangenleben zu einer für den 8. März dort anberaumten allgemeinen Volksversammlung einladen, erlaube ich mir folgendes zu erwidern.

Da meine Ansichten von denen Ihrer Partei zu sehr abweichen und eine Verteidigung vollständig ausgeschlossen ist, so bedauere ich, der Aufforderung zur Teilnahme an einer von Ihrer Partei einberufenen Versammlung nicht entsprechen zu können.

Ein Eintreten für mich ist für Sie und Ihre Parteifreunde selbstverständlich ebenso ausgeschlossen, da Sie ja ohnehin einen eigenen Kandidaten aufgestellt haben.

Sachverständigenrat Paul Schmidt, Wertheim a. E. N. d. R. für den Kreis Wangenleben.

Hierauf nahm, da Gegner sich trotz wiederholter Aufforderung nicht meldden, der Kandidat des Kreises, Gen. Silberstein, in Berlin, das Wort. In treffenden Worten legte derselbe den Anwesenden auseinander, wie der wahre Volkswille für das Volkswahl zu sorgen habe.

Provinz und Umgegend.

Arnsberg, 9. März. (Ein Sieg der Gegner.) Den bekannten „höheren Einsichten“ ist es gelungen, eine geplante sozialdemokratische Versammlung zu verhindern.

Burg, 9. März. (Der Streik der Weißgerber) ist beendet. Durch Vergleich wurde eine Befriedigung von durchschnittlich 3 Prozent erzielt.

Carlsberg - Salzweid, 9. März. (Einführung zur Reichstagswahl) Gestern fand in Halle im „Garten“ ein deutsches Haus eine Versammlung statt.

Merseburg, 9. März. (Der Streik der Arbeiter) In einer halbtägigen Arbeitseinstellung wurde der streikende Arbeiter... durch den Streik der Arbeiter...

Seine Nachrichten aus dem Saale. In Burg sind im Zusammenhang mit dem Streik der Arbeiter...

des Arbeiters Kostick spielte mit andern Kindern an der außer Betrieb befindlichen Locomotivmaschine. Das Kind trat in die Maschine und ließ die von innen in Bewegung; hierbei erfasste das Locomotivmesser den Körper des Kindes und schnitt den oberen Teil des Kopfes ab; der herbeieilende Vater konnte das Kind nur tot aus der Maschine ziehen.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. Sitzung vom 7. März 1903.

Körperverletzung. Der Arbeiter Robert Kölling zu Groß-Dietrichsdorf, geboren 1884, schlug eines Abends im Sommer 1899 den Arbeiter Raible, der ihn aus Spaß in den Graben geschuppt hatte, mit einem Stein auf den Kopf. Am 2. November 1902 hatte Kölling in einer Gastwirtschaft Streit mit andern Gästen.

Hoffnungsvolle Jugend. Wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit, begangen gegen eine 13 Jahre alte Schülerin, wurden die Dreherlehrlinge Richard Bauermeister, Wilhelm Hartmann und Hermann Riede, sowie der Schlosserlehrling Hermann Höding zu Obensiedt zu je 5 Tagen Gefängnis verurteilt.

Diebstahl. Die Ehefrau des Arbeiters Peil, Auguste geb. Grundmann, geboren 1857, und die Ehefrau des Arbeiters Meyer, Marie geb. Hornburg, geboren 1850, aus Bennedensack, beide schon öfter vorbestraft, wurden wegen Diebstahl die Peil zu 2 Wochen, die Meyer, die sich im wiederholten Rückfalle befindet, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Jahrlässigkeit. Der Kutscher Robert Ehrlich hier, geboren 1859, erhielt wegen jahrlässiger Transportgefährdung 10 Mark Geldstrafe.

Frühstücksrauber. Die Arbeiter Karl Baum, geboren 1880, und Ernst Mendorf, geboren 1883, hier, nahmen im Dezember 1902 gemeinschaftlich aus einem Hause morgens das Frühstück. Mendorf erhielt 2 Wochen Haft und 1 Woche Gefängnis, Baum 4 Wochen Haft.

Weindiebe. Die Arbeiter Friedrich Krämer zu Loderburg, geboren 1867, Richard Vohdan, geboren 1881, Heinrich Krüger, geboren 1880, und Karl Krüger, geboren 1882, zu Staßfurt, sind angeklagt, aus dem Keller des Hotelbesizers Neug, bei dem Krämer früher in Stellung gewesen, etwa 16 Flaschen Champagner und andre Weine mittels Einbruchs gestohlen zu haben.

Vermischte Nachrichten. Dresden. Sittlichkeit. Die „Dresd. Nachr.“ vom 4. d. enthält folgende kurze Mitteilung: Der Senat Dresden hat in seiner gestern Abend stattgefundenen Sitzung einstimmig seine Zustimmung gegen die Einführung von Speisekarten...

Die Vereinigung der Arbeiter hat sich der Verein Dresden... durch mehr als 1000 Mitglieder...

Die Streureklamation des Billiardars. Im Zusammenhang mit dem Streik der Arbeiter...

Die Streureklamation des Billiardars. Im Zusammenhang mit dem Streik der Arbeiter...

Die Streureklamation des Billiardars. Im Zusammenhang mit dem Streik der Arbeiter...

Die Streureklamation des Billiardars. Im Zusammenhang mit dem Streik der Arbeiter...

Die Streureklamation des Billiardars. Im Zusammenhang mit dem Streik der Arbeiter...

Die Streureklamation des Billiardars. Im Zusammenhang mit dem Streik der Arbeiter...

Herr Morgan protestierte nun gegen die Einschätzung seines beweglichen Vermögens, welches von der Behörde auf 600 000 Dollar, sage und schreibe hunderttausend Dollar, bemessen war, als zu hoch. Er erklärte, er besitze überhaupt kein steuerpflichtiges bewegliches Vermögen, er borge sich viel Geld, Millionen sogar, und so werde, was er an steuerpflichtigem, beweglichem Vermögen besitze, durch seine Schulden aufgewogen, die dem eine Vermögenssteuer; man teilt zwar Steuer auf bewegliches Vermögen — in Abzug zu bringen sind. Bestände man auf der Einschätzung, und zwingt man ihn, die Höhe seines beweglichen Vermögens eidlich zu schätzen, so werde er nicht einen Cent Steuer darauf bezahlen. Indessen solle jeder Bürger zum Besten der Stadt, in der er lebt, etwas bezahlen, und so erbiete er sich freiwillig, Steuern zu zahlen, als wenn sein bewegliches Vermögen 400 000 Dollar repräsentierte.

Wenn auch Herr Morgan juristisch im Rechte ist, so beweist er doch, daß die Millionäre aller Länder weisungsgleich sind, denn sie alle suchen sich vom Steuerzahlen möglichst zu drücken.

Bereine und Versammlungen.

Öffentliche Arbeiter-Radfahrer-Versammlung. Am vergangenen Sonntag mittag waren im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke, die radfahrenden Arbeiter zahlreich versammelt. Außer von Magdeburg und den näher liegenden Orten waren besonders aus Burg und Schönebeck viele dem Centralwahlkomitee gefolgt.

Genosse Wardwald sprach sodann über das Thema „Die Arbeiter-Radfahrer und die Reichstagswahl“. Redner machte vor allem auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Flugblattverbreitung aufmerksam. Keinem sei es verwehrt, in den Häusern zu jeder Stunde außer am Sonntag während der Kirchzeit Druckschriften zu verbreiten.

Genosse Hahn-Ottensleben betonte die Wichtigkeit der mündlichen Ausdrucksache mit den Arbeitern. Alle Genossen müssen sich darauf durch Lesen und gegenseitiges Befahren vorbereiten.

Vereins-Kalender.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Mittwoch den 11. d. M. Versammlung im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38.

Briefkasten.

G. A. Magdeburg. 2 Meter 35 Zentimeter Höhe ist gerade das vollständig gehobene Mindestmaß für einen zur Vermietung als Wohnung in Magdeburg zulässigen Raum.

B. Magdeburg. Dadurch, daß ein Bürger irgend eines nicht-erwerblichen demselben Einkommens (siehe Sachien, Absatz 2c) procapite Staatsbürger wird, verliert er seine staatsbürgerliche Rechte in demselben Staat nicht, dem er bisher angehört hat.

H. H. Altonaerthor. Nachdem Sie schriftlich Ihren Antritt aus der Landeskirche erklärt haben, müssen Sie innerhalb vier bis sechs Wochen selbst zum Amtsgericht gehen und dort noch einmal mündlich Ihren Antritt erklären.

G. A. Staßfurt. Wenn die katholische Mutter eines unehelichen Kindes wünscht, daß ihr Kind im evangelischen Glauben erzogen wird, so hat sie ein Recht dazu. Die rater der Frau, sich zuerst an den Pastor zu wenden. Steht sich dieser nicht auf ihre Seite, hat sie mit einer Eingabe an das königl. Provinzial-Schulcollegium in Magdeburg, Angerstraße, zu wenden.

B. B. 100. Wenn ein Konsumverein solche Angestellte, welche nicht dem Unfallversicherungsgesetz unterliegen, gegen Unfälle versichern, so kommt es lediglich auf die privaten Anordnungen an, die der Verein mit dem Angestellten vor dessen Anstellung getroffen hat, bezw. welche der Konsumverein mit der Versicherungsgesellschaft vereinbart hat. Diese diese Punkte zu kennen, können wir nicht beantworten, ob ein Teil der Unfallversicherung dem Konsumverein oder dem Angestellten zuzurechnen ist.

Marktberichte.

Magdeburg, 7. März. (Künstliche Notierungen.) Die Notierungen betreffen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer Sommer-unverändert, gut 150-152, mittel 144-146, gering bis 134, do. kalten-Sommer, gut 162-165, do. kalte, gut 141-142, mittel 138-140, gering bis 132, do. ausländischer gut 170-174, Roggen inländ., unverändert, gut 135 bis 137, mittel 132-134, gering bis 130, do. ausländischer gut 142-145, Gerste beste Oberober, unverändert, gut 150-160, mittel 142 bis 145, gering 128-135, Landgerste, gut 142-145, mittel 136-140, gering 128-132, ausländische Futtergerste, gut 122-124, Futter, mittelbester, unverändert, gut 143-145, mittel 140-142, gering bis 120, Weizen unv., unverändert, gut 133-140, amerikanischer harter, gut 150 - Erbsen, hiesige Sultanen, unverändert, gut 150-195, mittel 165-170, do. gelbe Solger gut 210-222, mittel 200.

Magdeburg, 7. März. (Künstliche Notierungen.) Die Notierungen betreffen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer Sommer-unverändert, gut 150-152, mittel 144-146, gering bis 134, do. kalten-Sommer, gut 162-165, do. kalte, gut 141-142, mittel 138-140, gering bis 132, do. ausländischer gut 170-174, Roggen inländ., unverändert, gut 135 bis 137, mittel 132-134, gering bis 130, do. ausländischer gut 142-145, Gerste beste Oberober, unverändert, gut 150-160, mittel 142 bis 145, gering 128-135, Landgerste, gut 142-145, mittel 136-140, gering 128-132, ausländische Futtergerste, gut 122-124, Futter, mittelbester, unverändert, gut 143-145, mittel 140-142, gering bis 120, Weizen unv., unverändert, gut 133-140, amerikanischer harter, gut 150 - Erbsen, hiesige Sultanen, unverändert, gut 150-195, mittel 165-170, do. gelbe Solger gut 210-222, mittel 200.

gerade hierfür verantwortlich ist) so wenig vom Sozialismus verkehrt, wo man doch mit den Sozialdemokraten und ihrer sozialdemokratischen Letztäre sich mehr wie genug beschäftigt. —

— Aus dem „sozialistischen“ Repertoire der Frau Wohlbrück (Walhalla-Theater) bringen wir nachstehendes hübsche Fröhen, das hoffentlich an der bekannten Stelle wieder Anstoß erregen wird:

Der Mistfäßer.

Ein Mistfäßer hatte von seinem Papa Den größten Misthaufen in Afrika Und noch dazu einen Ealer geerbt. Der stankte früher, jetzt war er gefürchtet und lag nun schon seit manchem Jahr Im Mist, da wo er am dicksten war.)

Der Kaiser war dick und war kugelrund, Er glänzte von Fett und war kerngesund Und war sich dabei, wenn's auch niemand wußt, Als reichster von allen Käuern bewußt!

— Und doch! Sein armes Herz war krank, Reich war er wohl, doch ach — er stank! Und wo er sich nur zeigt, im Ru Hielt alles sich die Nase zu.

Da ließ er sich denn aus Paris Oppoponag und Eau de Nicos Und hundert Wohlgerüche kommen; Jedoch es sollt' ihm wenig frommen, Trotz wohlbesprengtem Taschentuch Drang siegreich durch der Mistgeruch!

Da weinte der Kaiser früh und spät, Bis ihm ein Derwisch gab den Rat: „Ruh' Deinen Ealer, setz Dich darauf — Dann hört das Stinken für immer auf!“

Der Kaiser hört' es und grub im Mist, Bis daß sein Ealer gefunden ist, Er pugt' ihn blank und steck' ihn sein In seinen Misthaufen oben hinein, Sich selbst aber setzt' er mitten darauf. — O Wunder! Da kamen in schnellem Lauf Von allen Seiten die schönsten Insekten, Die Grillen fangen, die Bienen ledten Ihm seine Flügel — und der Skorpion Sagte zu ihm: „Mein Herr Baron!“

Ja selbst die stolzen Schmetterlinge Wachten die allerliebsten Wüdinge. — Und eine Fliege, zart und traut, Die nahm der Kaiser sich zur Braut. Da sah er, den Ealer unterm Popo, Und lächelte selig: „Non oleo!“

— Das Jubiläum mit dem Pferdefuß. Aus der Maschinenfabrik Langensiepen wird uns von Arbeitern geschrieben: Unser Erwartung gemäß ist die Sammelliste zu einem Geschenk für Herrn Nemeß auf Veranlassung des letzteren vernichtet worden. Die Arbeiter behalten ihr Geld, allerdings sind zwei ältere Arbeiter um dieser Sache willen gemahregelt worden. Mag gerade das letztere dazu beitragen, daß in Zukunft keiner mehr die wirtschaftliche Abhängigkeit zu solchen Zwecken mißbrauchen kann. Das geschieht dadurch, daß sich auch der letzte Mann von Langensiepen dem Deutschen Metallarbeiterverband anschließt.

— Eine Stadtverordneten-Sitzung findet am Donnerstag den 12. d. M., nachmittags 4 Uhr, statt. Die Tagesordnung enthält einige recht interessante Punkte: Umfassener- und Kanalgebühren-Ordnung, Hafentarif, Brückengebühren, Sonderzüge nach dem Harz, Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe usw. —

— Die miserable Kunst im Stadtverordneten-Sitzungsjaale hat den Stadtverordneter Frieze und einigen anderen Stadtverordneten Veranlassung gegeben, folgenden Antrag einzubringen:

„In Erwägung, daß mehrfach über die Kunst im unserm Sitzungsjaale geklagt wird, beantragen wir: der Magistrat wolle für die nächste Sitzung die Plätze, welche sich jetzt seitlich vom Vorstandstische befinden, dem letzteren gegenüber verkehrswegweis aufstellen lassen, und ferner die Beschaffung von neuen, zweckmäßiger eingerichteten, Tischen nebst Stühlen in Erwägung ziehen, um im Saale mehr Raum zu gewinnen.“

Mehr aber noch wie die Stadtverordneten leiden unter der mangelnden Kunst der Berichterstatter der Presse. Allein für diese wird wohl wenig getan werden können, höchstens daß sie, wenn mehr Raum geschaffen wird, im Sitzungsjaale mit untergebracht werden. Das aber mag bei dieser Gelegenheit gesagt werden: die Unverständlichkeit so mancher Stadtverordneter könnte beseitigt werden, wenn sich die Herrschaften, deutliches und deutliches Sprechen angewöhnen möchten.

— Ein Geschenk von 100 000 Mark will Frau Ida Büche geb. Deneke der Stadt machen. Sie hat die Absicht, damit eine gemeinnützige Stiftung in das Leben zu rufen, welche den Zweck hat, Häuser mit kleinen Wohnungen, bestehend aus einer oder aus zwei Stuben mit Kammer, Küche und sonstigem Zubehör zu bauen, die dann zu einem billigeren Mietzins an alle in der Stadt wohnenden, unverheiratete oder Witwen, z. B. Lehrerinnen oder in sonstigen Stellungen stehende Damen oder auch

an Witwen mit Kindern, oder aber, falls geeignete Damen dieser Klassen sich nicht darum bewerben, an Familien vermietet werden sollen. Als Mietzins sind für die nächste Zukunft festgesetzt 120 Mark für eine Dachwohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche, 160 Mark für eine andere Wohnung von demselben Umfange und 210 Mark für eine Wohnung von zwei Stuben mit Kammer und Küche. Die Stiftung soll nicht eine besondere juristische Person bilden, sondern Eigentum der Stadtgemeinde sein und von den städtischen Behörden durch einen Ausschuss verwaltet werden. Die Verwaltungsbücherei sollen angekauft und später wieder zu einem Neubau, der eben demselben Zwecke zu dienen hat, verwendet werden. Zunächst werden aber, so meint der Magistrat dazu, der im übrigen für Annahme des Geschenkes ist, die Schulden abzutragen sein, welche die Stiftung wird aufnehmen müssen, denn mit dem Kapitale von 100 000 Mark wird sich die Absicht, welche die Stifterin verfolgt, nicht erreichen lassen.“

— Gegen die Radentförrer. Der Volks-Vortrag, den die Freiwilige Gesellschaft zur Hebung der Volksgesundheit in Berlin am Sonntag vormittag um 11 Uhr im großen Saale des „Fischerhof“ veranstaltet hatte, war leider nur schwach besucht. Wir würden empfehlen, einen zweiten Vortrag an einem Sonntag-Abend stattfinden zu lassen und glauben, dann einen besseren Besuch in Aussicht stellen zu können. Herr Dr. med. Morree Berlin referierte über das Thema: „Die Kurpfuscherei und ihre Gefährlichkeit in Beziehung zu den Geschlechtskrankheiten“. Nachdem der Vortragende eine Definition des Begriffs „Kurpfuscherei“ gegeben, wies

er auf den kolossalen Schaden hin, den diese Art von Heilbesessenen gerade bei Geschlechtskrankheiten schon angerichtet haben.

Ohne gründliche Kenntnis der Diagnostik oder Erkennungslehre sei es ausgeschlossen, einen Kranken sachgemäß zu behandeln. Geradezu gebrandmarkt müsse aber die beim Prozeß Radentförrer zu Tage getretene briefliche Behandlung von Seiten der Laienpraktiker werden. An einigen Beispielen, die in der Praxis des bekannten Kurpfuschers Kuhne in Leipzig vorgekommen waren, wies der Vortragende auf die schweren Fehlgänge hin, die sich dieser Mann hatte zu Schulden kommen lassen.

Wenn jetzt in Deutschland unter Zugrundelegung der Sterblichkeitsziffer vom Jahre 1875 70 000 Menschen weniger sterben, so sei dies einzig und allein auf das Konto der Vorbeugungsmethode zu setzen. Unter 29 Prozent von bestraften männlichen Kurpfuschern in Berlin sei 2 1/2 Prozent bereits mit Zuchthaus bestraft, bei den weiblichen gar 3 Prozent. Das gebe zu denken.

Es sei geradezu charakteristisch, daß viele Menschen es für selbstverständlich erachteten, eine defekte Uhr zum Uhrmacher, einen defekten Stiefel zum Schuhmacher, einen kranken Körper aber nicht zum Arzt, sondern zum Kurpfuschler zu bringen. — Redner ist nicht für grundsätzliche Verwerfung der Wasserheilmethoden; ein Muzubiel müsse aber auch hier bekämpft werden.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen behandelt Herr Dr. Morree die Syphilis, diese Völtergeißel, die bei weitem mehr Opfer erheischt als die Tuberkulose. Nach einer Schilderung der Verhältnisse der Prostitution in den einzelnen Ländern unter Berücksichtigung der tieftraurigen Verhältnisse der Prostituierten in den Vorreden gibt der Vortragende an einer Reihe von Zahlen die kolossale Verbreitung der Syphilis in ihren Ursachen und ihren traurigen Folgeerscheinungen bekannt, dabei betonend, daß die Kurpfuscherei ihre Patienten mit Vorliebe aus den mit dieser Krankheit behafteten Kreisen holt. Am Schluß seiner interessanten Ausführungen wünscht der Redner, daß es der fortgesetzten Aufklärung und Belehrung gelingen möge, des Kurpfuschertums Herr zu werden, ein Wunsch, dem wir uns vollinhaltlich anschließen. —

— Die Dividenden-Verteilung des Konsumvereins Neustadt findet im neuen Lokale, Rogauerstraße, statt.

— Fritz Friedmann boykottiert. Eine unerbiente Ehre ist dem früheren Rechtsanwalt Fritz Friedmann bei seinem letzten Auftreten im hiesigen „Hofjäger“ zu teil geworden, indem gerade so wie bei Sozialdemokraten der dort spielenden Militärkapelle verboten wurde, in Verbindung mit dem Auftreten dieses „ehelichen“ Advokaten zu spielen. Der Wirt des „Hofjägers“ sah sich infolgedessen in die Notlage versetzt, eine Privatkapelle zu engagieren. Hat man vielleicht befürchtet, daß von der vorgetragenen Verteidigungsrede etwas bei den Marsjüngern zur gelegentlichen Verwendung vor einem Kriegsgericht haften bleibt? —

— Auf dem Krupp-Grusonwerk ist heute gegen 12 Uhr mittags der Arbeiter Friedrich Schrader aus Bennenden bed dadurch verunglückt, daß ihm ein Stiel Eisen auf den linken Daumen fiel. Ihm wurde das erste Glied des Daumens vollständig abgequetscht, was seine Aufnahme in die Krankenanstalt Sudenburg nötig machte.

— Opfer des Leichtsinns. Der Dreherlehrling Max Müller aus Sudenburg war in der Nacht vom 7. zum 8. März im „Kryftallpalast“, Leipzigerstraße, zum Vergnügen. Gegen Morgen ging er mit einem Freund auf die Straße, woselbst die beiden anfangen, sich zu „ringen“, aber in freundschaftlicher Weise. Dabei fiel jedoch Müller zur Erde und brach sich den linken Unterarm, so daß er ins Krankenhaus Sudenburg gebracht werden mußte. —

— Beim Spielen auf der Straße fiel gestern Abend der Knabe Erich Kouty aus Sudenburg derartig unglücklich hin, daß er einen Bruch des Unterarms erlitt. —

— Eine arge Schlägerei entspann sich in der Nacht zum Montag in der Grünarmstraße vor dem Hause Nr. 12 zwischen einigen Zivilisten und einem Sergeanten, der zu der hiesigen Arbeiterabteilung kommandiert ist. Dem Sergeanten wurde das Seitengewehr entzogen und er selbst damit schwer mißhandelt. Einige hinkommende Schutzleute schafften durch Festnahme einiger Personen wieder Ordnung. Der Sergeant soll an dem Rencontre, wie Augenzeugen versichern, unschuldig sein. —

Gewerkschaftskartell Magdeburg.

Bericht über die Sitzung vom 5. März.

Zu dieser Sitzung waren die Gesellenauschuss-Mitglieder der Magdeburger Innungen eingeladen; etwa die Hälfte derselben war erschienen. Es fehlten die Delegierten der Dachbeder, Glasarbeiter, Glaser, Handlungsgesellen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß eine Zahlstelle des Verbandes Deutscher Mühlenarbeiter hierorts gegründet wurde. Die Lohnbewegung der Lederarbeiter hat mit einem vollen Erfolge geendet. Die Aufseherungen betragen etwa 1,50 Mark pro Woche für die Arbeiter und 1 Mark für die Hilfsarbeiter. Für letztere nur dann, wenn sie Mitglieder des Lederarbeiter-Verbandes sind. (Wassil S. Red.) Am 22. d. M. ist eine Agitations-Versammlung der Barbier- und Friseurgehilfen bei Thiering, Tischlerlehrlinge geplant; die organisierte Arbeiterkraft wird erucht, bei ihrem Besuch der Barbiergehilfen für diese Versammlung agitatorisch zu wirken. Das revidierte Kartellstatut ist hergestellt und auf dem Sekretariat zu haben.

Sodann erstattet Genosse Königrecht den Kassenbericht pro 1902. Der Bericht balanziert mit 3077,56 Mark. Genosse Reil beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen; das Kartell beschließt demgemäß. In der darauf per Stimmzettel vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Genosse Wendt, Steinbrücker, als erster, Genosse Herwig, Buchdrucker, als zweiter Vorsitzender, Gen. Königrecht, Bildhauer, als Kassierer, Gen. Saube, Kupferschmied, und Gen. Frehe, Metallarbeiter, als Beisitzer. Zu Redirektoren werden die Genossen Reil, Schilling und Fischer per Affirmation gewählt.

Alsdann wird angeregt, zur Kostendeckung für die unerlässlichen Arbeiten die nichtangehörigen Gewerkschaften auf Grund des § 3 des Statuts heranzuziehen. Der Vorstand will den Versuch machen.

Darauf erstattet Gen. Valentini als Vorsitzender des Gesellen-Ausschusses bei der Handwerkskammer den Tätigkeitsbericht. Redner schildert die Vorkommnisse in der Kammer und die Haltung derer vom „goldenen Boden des Handwerks“ in sozialen Fragen. Seine treffenden Ausführungen erregten wiederholte Heiterkeitsausbrüche bei den Anwesenden. Zu behaupten sei allerdings die Zusammensetzung des Gesellen-Ausschusses. Sehr oft habe er in wichtigen Fragen die Mehrheit der Ausschuss-Mitglieder, die teilweise in allen wichtigen Fragen völlig indifferent sind und keineswegs ihrer Aufgabe gewachsen seien, nicht hinter sich. Es sei sogar vorgekommen, daß dem Ausschuss angehörende organisierte Arbeiter gegen seine Verbesserungsvorschläge stimmten. So habe er oft ganz allein gestanden. Dieser Mangel, der die Wirksamkeit des Gesellen-Ausschusses lähme, sei nur dadurch zu beseitigen, daß bei den demnächst stattfindenden Wahlen Magdeburger Gewerkschaftler gewählt würden, damit einmal gediegene Kräfte an diesen Platz gestellt würden. Das wichtigste sei aber, daß der Ausschuss sich dann jederzeit verarmeln und die Gegenstände durchsetzen könne. Das sei unmöglich, wenn die Mitglieder über den ganzen Kreis zerstreut wohnen. Die Frage, ob der Ausschuss seine Aufgaben wahrnehmen könne, hänge also da-

von ab, daß die Mitglieder derselben in Magdeburg wohnen. (Leider sieht man das nicht überall ein. D. Ber.)

Der vorgerückten Zeit halber muß die Debatte über den Bericht vertagt werden. Die Gesellenauschuss-Mitglieder wurden daher ersucht, auch in der nächsten Kartell-Sitzung zu erscheinen. —

Kleine Chronik.

Tote Ratten im Schiff, — Pest?

Ueber den im Hamburger Hafen liegenden Dampfer „Westphalia“ wurde die Quarantäne verfügt, weil in der Ladung tote Ratten aufgefunden wurden, deren Verenden nicht auf Rattengift zurückgeführt werden kann. Die Schauerleute, die bei der Ladung gearbeitet haben, wurden in dem tropenhygienischen Institut einer ärztlichen Untersuchung unterzogen und ihre Kleidungsstücke desinfiziert. Die „Westphalia“ wurde isoliert festgemacht und nebst der Ladung mit Kohlenoxydgas desinfiziert. Nach dem bisherigen Ergebnis der angestellten Untersuchung ist amtlich festgestellt, daß der Verdacht, die Ratten auf dem Dampfer „Westphalia“ seien an Pest verendet, begründet ist. Erkrankungen von Menschen sind nicht vorgekommen; die nötigen Vorsichtsmaßregeln sind getroffen. —

Schluß des Münchner Giftmordprozesses.

Im Laufe des Zeugenvorhörs sagte der Gatte der früheren Dienstherrin der Wagner aus, daß ein unerlaubtes Verhältnis zwischen ihm und letzterer nicht bestanden habe. Andre Dienstherrschaften, bei denen die Wagner früher im Hause war, sagten durchweg günstig für diese aus. Die Beweisaufnahme wurde mittags beendet und nachmittags wurde mit den Plaidoyers begonnen. Das Urteil wurde Sonnabend nacht gesprochen. Die fromme Stiftssoberin v. Heuser wurde danach wegen Körperverletzung zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 7 Jahre Zuchthaus beantragt. —

Kleine Tageschronik. In Mülheim a. Rh. war jüngst ein Postbeutel mit 1000 Fränkmarkstücken gestohlen worden. Bei einem Postbeamten wurden gelegentlich einer Haussuchung 3000 Mark gefunden. Als der Beamte sich entsetzt sah, durchschritt er sich die Kehle, so daß der Tod sofort eintrat. — Ein 32 Jahre im Dienst befindlicher Post-Oberbeamter in Bresslau wurde verhaftet, weil er seit Jahren Postpakete herabgab. Bei der Haussuchung bei ihm fand man große Vorräte gestohlener Sachen. — Der Dampfer „Edgar“ ist an der Küste der Bretagne gesunken. Zehn Mann der Besatzung sind ertrunken. — Epigonen frecher Art stalteten der katholischen Kirche in Eisleben einen Besuch ab und raubten einen Reich in Werte von 80 Mark. Ferner sind ihnen die Opierbüchsen in die Hände gefallen. Zu ihrer Arbeit leuchteten ihnen die Altardecken. — Am Sonnabend kürzten bei der „Sohngrenn“-Aufführung um Hoftheater in München vier Pferde durch eine Falltür acht Meter tief, darunter das berühmte Pferd „Graue“. Die Tiere waren sofort tot, der mit abgestürzte Pferdewärter ist aber wunderbarerweise nur leicht verletzt. —

Letzte Nachrichten.

(Herald, Deutscher-Bureau.)

Paris, 9. März. Bei den gestrigen Erwahlfällen in Dinant wurde der radikale Kandidat gewählt. Der Wahlkreis gehörte bisher den Antimilitaristen. —

Madrid, 9. März. Gestern fanden die Wahlen für den Generalrat statt; die Wahlen in Madrid wurden beantragt, zwei Wahlvorsteher wurden verhaftet, zwei andre sind geflohen, ein anderer hatte die Wähler mit einem Revolver bedroht. —

Philadelphia, 9. März. Ein Ausbruch ist unter den Eisenbahn-Arbeitern ausgebrochen, welche bei Neubauten beschäftigt sind. Die Zahl der Arbeiter dieser Branche beläuft sich auf eine halbe Million. Da zahlreiche Neubauten zu einem bestimmten Termine fertig sein müssen, so erwacht den Unternehmern durch den Streik ein großer Schaden. —

Frankfurt a. M., 9. März. Anlässlich des heute beginnenden ersten deutschen Kongresses zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fand gestern Abend hier ein zahlreich besuchter Begrüßungsabend statt. Als Vertreter des Magistrats waren Oberbürgermeister Dr. Wides und mehrere Stadträte erschienen; hervorragende Vertreter der Wissenschaft, auch zahlreiche Damen, hatten sich eingefunden. —

Prag (Böhmen), 9. März. Der mittelmährische Zuderverein beschloß in seiner gestrigen Vollversammlung u. a. eine Resolution, in der es heißt, daß nach dem Wortlaut und dem Sinn der Brüsseler Zudervereinbarung der österreichische Zuderverein nicht als nicht prämiert bezeichnet werden könne. Die Forderung sei daher aufzuheben, unterzüglich die Einberufung der permanenten Brüsseler Konvention zu veranlassen, damit diese einsetze, ob und womit das österreichische Kontingentierungsgesetz sich in Widerspruch zur Brüsseler Konvention befinde, und damit eine Organisation der Zudervereine bewerkstelligt werde. —

Freiburg, 9. März. In Angelegenheit der verurteilten — angeklagt durch Selbstmord geendeten — Baronin Van fand bei deren Ansel in Majorshaus eine gerichtliche Haus-suchung statt, über deren Ergebnis noch keines Urteilswortens besprochen wird. Derselbe wird von dem Vater der Baronin beschuldigt, von der Hinterlassenschaft etwas bei Seite gebracht zu haben. —

London, 9. März. Große Aufregung herrscht in Greenock (Schottland) über zwei Morde, welche an die früheren Untaten Jack des Aufhülers erinnern. —

Madrid, 9. März. (Fig. Draht.) Der Finanzminister erklärte, daß er entschlossen sei, zu demissionieren, weil irgenwelche Budgetvermehrungen vorgenommen werden sollten. —

Paris, 9. März. (Fig. Draht.) Großes Aufsehen erregt in politischen Kreisen die Mitteilung, daß der Bericht über die Kongregationen, womit Rabiel beauftragt war, nicht von diesem, sondern von Camille Dreyfus, dem bekannten Sekretär Wilsons, verfaßt worden ist. Die Sache dürfte zu erregten Kammerdebatten führen. —

Briefkasten.

Stuttgart. Infolge Raummangels kann der Bericht über Schacht 3 leider erst morgen kommen. —

A. Ernst, Schönebeck. Ihre Vereinskalendernotiz haben wir erst am Sonnabend Abend 7 Uhr erhalten. Hebrigens werden auch Anzeigen im Vereinskalender nur gegen vorherige Zahlung angenommen. —

P. D. Sie sollten doch wissen, daß uns das Redaktions-gedruckte verbietet, Ihnen unre Gewandsmänner zu nennen. Das gilt auch für Parteigewissen, sofern Sie einer sind. —

A. R. Wir sind völlig außer Fande, Ihre Anfrage zu beantworten. Wir bitten wegen unserer Unwissenheit freundlich um Entschuldigung. —

